

23.11.2018 - [Gesetzgebung Redaktionsmeldungen](#)

## **Impulse für die rechtspolitische Entwicklung**

Unter dem Vorsitz des Landes Thüringen fand am 15.11.2019 die Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Berlin statt. Dabei kam es auch zur Abstimmung über einige **für Familienrechtler interessante Beschlüsse**. Diese haben zwar keinen Rechtssetzungscharakter, von ihnen können aber maßgebliche Impulse für die rechtspolitische Entwicklung in Deutschland und Europa ausgehen.

### **Fixierung in Einrichtungen**

Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit den Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24.7.2018 (2 BvR 309/15 und 2 BvR 502/16) zu den **Anforderungen an Fixierungen** in der öffentlichrechtlichen Unterbringung befasst. Sie sind der Auffassung, dass diese Anforderungen grundsätzlich auch bei weiteren freiheitsentziehenden Maßnahmen zu beachten sind. Zum Beschluss:

[Gesetzgeberischer Handlungsbedarf nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Fixierung in Einrichtungen](#)

### **Zivilprozess durch Reformen stärken**

Übereinstimmung bestand darin, dass auch künftig eine effiziente, moderne und zukunfts offene Ziviljustiz gewährleistet werden müsse. Die Justizministerkonferenz hält es daher für wichtig, dass die in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zivilprozessualer Reformbedarf“ und weiteren Länderarbeitsgruppen begonnene Prüfung und gegebenenfalls **Erarbeitung von Reformvorschlägen** fortgeführt wird. Zum Beschluss:

[Zivilprozess durch Reformen stärken](#)

### **Besserer Opferschutz in Gewaltschutzverfahren**

Die Justizministerinnen und Justizminister wollen Opfer in Gewaltschutzverfahren besser schützen. Sie fordern daher **gesetzliche Verbesserungen**. Zum Beschluss:

## **Zeugnisverweigerungsrecht für schutzbedürftige persönliche Nähebeziehungen**

Die Justizministerkonferenz befasste sich weiterhin mit dem Abschlussbericht der Länder-Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses „Zeugnisverweigerungsrecht für schutzbedürftige persönliche Nähebeziehungen“. Sie teilt die Einschätzung der Länder-Arbeitsgruppe, dass die **gegenwärtige Ausgestaltung** der Zeugnisverweigerungsrechte nicht alle gesellschaftlich anerkannten Formen des Zusammenlebens in der heutigen Zeit abbildet. Zum Beschluss:

[Abschlussbericht der Länderarbeitsgruppe zum Thema "Zeugnisverweigerungsrecht für schutzbedürftige persönliche Nähebeziehungen"](#)

## **Geschlechterparität bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern**

Ein von den Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder vorgelegter Beschluss wurde ebenfalls erörtert. Die Justizministerinnen und Justizminister sehen in § 44 Abs. 1a des Deutschen Richtergesetzes weiterhin eine ausreichende gesetzliche Regelung zur Sicherstellung einer **angemessenen Berücksichtigung von Frauen und Männern** bei der Besetzung von ehrenamtlichen Richterstellen. Zum Beschluss:

[Entwicklung der Geschlechterparität bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern](#)